

**Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 25.03.2004**

Vorlage Nr. 04-F-03-0027

***Aufklärung und Beseitigung von Defiziten im Stadtentwicklungsdezernat  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.03.2004 -***

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Die fortlaufende Presseberichterstattung zu fehlerhaften, gerichtlich beanstandeten Baugenehmigungen und die bei einzelnen Bebauungsplanverfahren (Südliche Kohlheckstraße) bekannt gewordenen Mängel in der Abstimmung der größtenteils dem Dezernat IV unterstehenden Fachämter und anderer Dezernate mit der Folge obsoleter Planungsverfahren bzw. nicht abgewogener Baumfällungen schaden dem Ansehen der Landeshauptstadt Wiesbaden, verärgern zur Recht die BürgerInnen und verursachen unnötige Kosten durch Verfahrensverzögerungen. Auch die von massiver Kritik der MitarbeiterInnen und Öffentlichkeit begleitete, intransparente Vorgehensweise bei Umstrukturierungen im Bereich Grün- und neuerdings auch im Hochbauamt tragen zu diesem Negativbild bei.

Derartige, sich häufende Vorfälle erzeugen in der Öffentlichkeit das Bild einer mangelhaften Verwaltungssteuerung und diskreditieren die Kompetenz der Wiesbadener Fachverwaltung. Insofern sind Wiederholungen absolut zu vermeiden und umgehend Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert

1. Eine umfassende Aufklärung der öffentlich kritisierten Vorfälle im Bereich Baugenehmigungspraxis, Bauleitplanung sowie der Strukturveränderungen im Hochbauamt durch das Revionsamt zu beauftragen und der Stadtverordnetenversammlung bis zum nächsten Sitzungszug über die Ergebnisse zu berichten.
2. Insbesondere sind in dem Bericht Vorschläge zu unterbreiten, durch welche Controlling- oder sonstigen organisatorischen Maßnahmen innerhalb des Dezerants bzw. durch welche optimierte Form der Einbindung/Beteiligung der einschlägigen Gremien bzw. Kommissionen in den jeweiligen Entscheidungsverfahren derartige Vorfälle zukünftig ausgeschlossen werden können.
3. Sollte der Bericht ergeben, dass die Ursachen für die öffentlich in Misskredit geratene Baugenehmigungspraxis, Bauleitplanung und Strukturveränderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden in der Dezernatsstruktur und dessen Umfang bzw. der dadurch bedingten Überforderung des Stadtentwicklungsdezernats mit Koordinations- und Steuerungsaufgaben begründet sind, sind Vorschläge für neue Dezernatszuschnitte vorzulegen.
4. Darüber hinaus ist die Erarbeitung von geeigneten planungs- wie baurechtlichen Instrumenten, wie sie der Ausschuss von Planung, Bau und Verkehr mit Beschluss vom 15. März angeregt hat, mit Nachdruck zu beschleunigen, insbesondere in den von Nachverdichtung und Überplanung betroffenen Gebieten der Innenstadt, und der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sommerpause über die Resultate zu berichten.

**Beschluss Nr. 0150**

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.03.2004 betr.

Aufklärung und Beseitigung von Defiziten im Stadtentwicklungsdezernat

wird bei Stimmengleichheit (39/39) abgelehnt.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 03.2004

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16-

Wiesbaden, .03.2004

Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl  
Oberbürgermeister